



Brigitte Hauser, Präsidentin der CVP-Frauen

«Wir haben lange gemeinsam geschwiegen, jetzt werden wir gemeinsam aktiv.»



Margrith von Felten, NR, Präsidentin der SP-Frauen

«Mit dem Entscheid, das Rentenalter hinaufzusetzen, wäre das Referendum sicher.»



Simonetta Sommaruga, Geschäftsleiterin SKS

«Die Frauen sollen ihre Gleichstellung nicht selbst bezahlen müssen – auch wenn es einige so wollen.»

«Ich habe ja die Zahlen in der Zeitung gesehen – bedrohlich»

Im Ständerat ist die Meinungsbildung zum Rentenalter noch nicht abgeschlossen, das Resultat ist offen

Von den 46 Ständeratsmitgliedern bekennen sich nur 18 offen zur Erhöhung des AHV-Frauenrentenalters auf 64 Jahre. Das fünfköpfige Grüppchen der Befürworter einer Frauen-AHV ab 62 Jahren dürfte in den nächsten Tagen noch Zulauf aus CVP und FDP erhalten. Doch die Heraufsetzer der Altersgrenze sind noch in der Überzahl.

Monica Glisenti, Anton Ladner

Trotz aller Gleichstellungsargumente will man im Stöckli noch nichts von einem einheitlichen Rentenalter ab 65 Jahren wissen. Die plötzlich so dringliche Gleichstellung der Frauen bei den Pflichten sehen 18 Mitglieder der von Juristen dominierten kleinen Kammer bereits in einem Frauenrentenalter von 64 Jahren verwirklicht (9 FDP, 4 CVP, 3 SVP, 2 LPS).

Stichhaltige Argumente haben die Politiker allerdings nur spärlich zur Hand. Sie schwenken deshalb schnell auf die finanzielle Krise der AHV-Kasse in mehr oder weniger

ferner Zukunft als Hauptgrund für die Heraufsetzung des Rentenalters um.

«Ich habe ja die Zahlen in der Zeitung gesehen, das sieht bedrohlich aus», offenbart ein CVP-Ständeherr hemmungslos die Quelle seiner Meinungsbildung. Denn die ständerätliche AHV-Kommission verzichtete darauf, das Plenum mit Unterlagen zu versorgen, um die neuen Beschlüsse abzustützen, was für Ärger sorgte. «Es geht doch nicht an, dass wir uns aus den Zeitungen dokumentieren müssen», schnaubt ein CVPler.

Tauklima bei Vertretern der Christdemokraten

In der Partei der Mitte vermochten die Meinungen in der Rentenaltersfrage wohl deswegen noch kaum Wurzeln zu schlagen. Einige der CVP-Kantonsvertreter reisten mit klaren Vorstellungen nach Bern, die sie allerdings wenige Stunden später an der Fraktionsitzung bereits wieder begruben.

Jetzt gebaren sich 5 der 17 Christdemokraten offen, geben

sich unschlüssig und wollen erst die CVP-Frauendelegation am Montag anhören, bevor sie sich (wieder) zu einer klaren Haltung durchringen. Um sich in diesem heiklen Prozess zu schützen, beschlossen die Christdemokraten, an keinen AHV-Umfragen teilzunehmen. Sieben verweigern sich deshalb. Sie orten wie CVP-Gruppenchef Luregn Cavely in diesen Formen von «Vorabstimmungen» Gefahren für die politische Unabhängigkeit.

Dennoch liess sich CVP-Präsident Anton Cottier vom Tauklima anstecken und verriet, dass auch er an ein Referendum gegen das Frauenrentenalter von 64 Jahren gedacht habe. Um sich vor Kritik zu schützen, in Bern wie eine Fahne im Wind zu flattern, verweigern 7 CVP-Ständevertreter ihre Haltung. Einzig Josi Meier, die Mutige, bekennt sich ohne Seitenblicke zum Festhalten an der heutigen Regelung. Auch wenn es an der CVP-Front bröckelt, werden wohl die ständerätlichen Befürworter von 64 Jahren in der Mehrheit bleiben.

Bisher bejahen lediglich 9 der 16 FDP-Ständeratsmitglieder offen

die Heraufsetzung der AHV-Altersgrenze für Frauen, während 7 ihr Karten verdeckt halten. «Ich hab eine klare Meinung, will aber die Debatte nicht vorgreifen», begründet der Tessiner Sergio Salvioni Gilles Petitpierre, FDP-Vertreter aus Genf, erachtet solche Trendmessungen als kontraproduktiv weil Politiker dann nur noch schwer von der veröffentlichten Meinung abrücken. Petitpierre möchte offenbar in der Rentenaltersfrage seine Parteikompanions noch umstimmen.

Klare Meinungen bei Volkspartei und SP

Einmal mehr bestätigt die Schweizerische Volkspartei, dass sie auf jede Frage mit einer klaren Antwort reagiert. Niemand ist unschlüssig, keiner verweigert eine Angabe: Die Kantonsabgeordneten votieren für die Heraufsetzung des Frauenrentenalters. Gleich präsentiert sich das Grüppchen der Sozialdemokraten: Die 3 Abgeordneten machen sich geschlossen für 62 Jahre stark.



Myriam Forni, Konsumentinnenforum Schweiz (KF)

«Ideell würden wir hinter dem Referendum stehen. Praktische Hilfe leisten Frauenorganisationen.»



Monika Weber, Ständerätin ZH, LdU-Präsidentin

«Die Heraufsetzung des Rentenalters löst die Finanzprobleme überhaupt nicht.»



Verena Diener, Nationalrätin ZH, Präsidentin Grün

«Es geht doch nur darum, uns Frauen für unsere erkämpften Errungenschaften zu bestrafen.»

Der Ständerat heute: Noch eine Mehrheit für Rentenalter 64

	Frauenrente ab 62	Frauenrente ab 64	Noch offen	Verweigert weil:	Angabe, weil:
Beerli Christine, FDP, BE		x			
Béguin Thierry, FDP, NE		x			
Bisig Hans, FDP, SZ		x			
Bloetzer Peter, CVP, VS				Will Debatte abwarten	
Bühler Robert, FDP, LU				Wartet bis zur Debatte	
Büttiker Rolf, FDP, SO		x			
Cavadini Jean, LPS, NE				War nicht erreichbar	
Cavelly L. M., CVP, GR				Respektiert Informationsstopp	
Cottier Anton, CVP, FR		x			
Coutau Gilbert, LPS, GE		x			
Danioth Hans, CVP, UR		x			
Delalay Edouard, CVP, VS		x			
Dückiger Michel, FDP, JU		x			
Dürck Bruno, CVP, SZ				Gibt Meinung erst im Rat ab	
Eradient Ulrich, SVP, GR		x			
Emperli Paul, CVP, SG		x			
Füeber Hans Jörg, CVP, AG			x		
Frenn Andreas, FDP, ZG			x		
Gagnetti R., FDP, ZH				Weil Ständeratspräsident	
Gächler Niklaus, CVP, OW				Sagt dazu nichts	
Gündig Markus, CVP, ZG				Kommissionspräsident	
Goretan Willy, FDP, AG				Entscheid fällt erst im Rat	
Marin Jacques, FDP, VD				War nicht erreichbar	
Meier Josi, CVP, LU		x			
Mornioli Giorgio, Lega, TI					Spricht nicht mit CASH
Onken Thomas, SP, TG		x			
Petitpierre Gilles, FDP, GE					Wartet Debatte ab
Piller Otto, SP, FR		x			
Plattner Gian-Reto, SP, BS		x			
Reymond Hubert, LPS, VD			x		
Rhinow René, FDP, BL					Wartet Debatte ab
Rhyner Kaspar, FDP, GL					Spricht nicht mit CASH
Roth Jean-François, CVP, JU					x
Rüesch Ernst, FDP, SG			x		
Salvioni Sergio, FDP, TI					Will Debatte n. vorgreifen
Schallberger Peter-Josef, CVP, NW					Sagt es nicht im voraus
Schiesser Fritz, FDP, GL			x		
Schmid Carlo, CVP, AI					Wartet Debatte ab
Schoch Otto, FDP, AR			x		
Schüle Kurt, FDP, SH					War nicht erreichbar
Seiler Bernard, SVP, SH					War nicht erreichbar
Simmen Rosmarie, CVP, SO					x
Uhlmann Hans, SVP, TG					x
Weber Monika, LdU, ZH		x			
Ziegler Oswald, CVP, UR					x
Zimmerli Ulrich, SVP, BE			x		

Die Frauen schlagen Alarm



Christiane Brunner, NR SP, Zentralsekretärin SMUV

«Es ist klar, dass wir das Referendum lancieren würden. Auch wenn dabei das Splitting gefährdet wird.»



Josi Meier, Ständerätin CVP, LU

«Die demographische Entwicklung und deren Folgen sind vom Gleichstellungsanspruch zu trennen.»

Beschliesst der Ständerat Rentenalter 64 für Frauen, kommt's zum Referendum.
Die Frauen haben gute Argumente

Sollte die Mehrheit der Ständeräte auf der Erhöhung des AHV-Frauenrentenalters beharren, ergreift ein Frauenbündnis das Referendum gegen die 10. AHV-Revision. Nur die FDP- und SVP-Frauen halten zu ihren Ratskollegen.

Monica Glisenti, Anton Ladner

Was immer die Männer im Parlament an Korrekturen für die Frauen beschliessen, richtet sich danach, ob sie die ökonomischen Konsequenzen der neuen Errungenschaften den Frauen aufbürden können. Kurz: Die Gleichstellung der beiden Geschlechter sollen die Frauen selbst bezahlen.

«Nach diesem simplen Grundsatz handelt die Mehrheit der Parlamentarier», analysiert LdU-Ständerätin Monika Weber, nachdem die männerdominierte AHV-Kommission des Ständerates (Verhältnis 13 Männer zu 2 Frauen) wie der Nationalrat beschlossen hatte, das Frauenrentenalter auf 64 Jahre zu erhöhen. Falls ihre Ratskollegen nächste Woche nicht davon abkommen, will Weber den Entscheid mit dem Referendum bekämpfen.

Sukkurs erhält sie von Ratskollegin Josi Meier, hinter deren Rücken sich die CVP-Frauenschaft zum Kampf schart. Die demographische Entwicklung und deren finanzielle Folgen seien zu trennen vom Gleichstellungsanspruch, postuliert die 67jährige Luzernerin. Es werde noch Jahre dauern, bis der Anspruch «gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit» verwirklicht ist. «Deshalb», so Meier, «wäre es ungerecht, die Erhöhung des Frauenrentenalters bereits in die zehnte Revision zu packen.»

Getrennt abstimmen über Splitting und Rentenalter

Damit die Christdemokratinnen nicht gegen ihre Ratskollegen mit einem Referendum losziehen müssen, versucht eine CVP-Frauendelegation am kommenden Montag die Parteikollegen im Ständerat unzustimmen. Ihre Minimalforderung lautet auf eine Trennung der Vorlage, damit allenfalls über Splitting und Frauenrentenalter getrennt abgestimmt wird.

Links der Mitte mobilisieren sich die politischen Frauen indes bereits für ein Referendum gegen die 10.

AHV-Revision: Sozialdemokratinnen, Grüne, Gewerkschafterinnen, Konsumentenschützerinnen, Frauen feministischer Organisationen wollen sich gemeinsam gegen die AHV-Pleite-Polemik wehren. «Den Entscheid, das Rentenalter der Frauen zu erhöhen, würden wir ganz sicher versuchen mit dem Referendum zu bodigen», bestätigt Margrith von Felten, Nationalrätin und Präsidentin der SP-Frauen. Die Zentralsekretärin der Gewerkschaft Bau und Industrie, Susanne Leutenegger Oberholzer, engagiert sich bereits heute dafür, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund ein allfälliges Referendum mitträgt.

Definitiv entschlossen, ein Frauenrentenalter von 64 zu bekämpfen, ist der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund. Zumindest ideell würden Simonetta Sommaruga von der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) und Myriam Forni vom Konsumentinnenforum den politischen Entscheid mittragen. «Die aktive Rolle würden allenfalls die 30 uns angeschlossenen Frauenorganisationen übernehmen», bestätigt Forni.

«Wir haben lange gemeinsam geschwiegen, jetzt werden wir gemeinsam aktiv», prophezeit CVP-Frauenpräsidentin Brigitte Hauser. So gemeinsam allerdings auch wieder nicht. Die FDP-Frauen kompromittieren Vreni Spoerry nicht, die an vorderster Front für ein höheres Frauenrentenalter ficht. Die Unternehmen, in deren Verwaltungsräten Spoerry sitzt (SKA, Nestlé, Swissair, Zürich Versicherung), setzten derweil bei der Lebensarbeitszeitverkürzung neue Standards. Das Engagement der superentlohnten Blue-Chips-Verwaltungsrätin irritiert sogar bürgerliche Befürworter. Etwas schamlos sei dies schon, meinen vereinzelte Ständeräte.

Bedeckt halten sich noch die SVP-Frauen, die sich bisher nur in der Blauhelmfrage von den polternden Parteikollegen klar abgrenzen.

Nicht nur Verena Diener, Parteipräsidentin der Grünen, meint, dass es bei dem AHV-Männerstreich eigentlich erst in zweiter Linie um die drohenden Finanzprobleme der Altersvorsorge gehe: «Dann würden sie nämlich nach wirklichen Grundlagen suchen und sich nicht mit solcher Pflasterlipolitik begnügen. Ohne massiven Druck der Öffentlichkeit politisieren Männer auch heute noch frauenfeindlich.»

Widersprüchlich obendrein: Der freisinnige Solothurner Ständerat Rolf Büttiker will das Frauenrentenalter heraufsetzen, «um die Finanzierung der AHV auch in Zukunft sicherzustellen». Im gleichen Atemzug postuliert er aber eine Herabsetzung des Männerrentenalters um ein Jahr. Gespart würde nach Büttikers Logik kein Franken.

Optimistische Prognosen der Gewerkschaft

Mit schlagkräftigen Argumenten werden die kämpferischen Frauen nun aus Ruth Dreifuss' alter Heimat eingedeckt. Gewerkschaftsbund-Sekretär Serge Gaillard veröffentlicht demnächst Berechnungen, die bürgerliche AHV-Horrorszenarien endgültig verscheuchen sollen. «Die Annahmen des Bundesamtes für Sozialversicherung über die Beschäftigungsentwicklung», kritisiert er, «sind alles andere als plausibel.» Bis ins Jahr 2020 beispielsweise gehen die Beamten von einer jährlichen Zunahme der Beschäftigung von lediglich 0,13 Prozent aus. «Ausserordentlich pessimistisch», meint Gaillard. «In den sechziger Jahren nahm die Beschäftigung pro Jahr im Schnitt um 1,7 Prozent, in den siebziger Jahren um 0,3 und in den achtziger Jahren um 1,6 Prozent zu.»

«Würden die krisenhaften Prognosen allerdings stimmen», rech-

net Gaillard, «müssten die Beitragssätze, um Fehlbeträge zu vermeiden, bis ins Jahr 2020 um 2,2 Prozent oder der Mehrwertsteuersatz um 2,5 Prozent erhöht werden.» Doch schon bei einem jährlichen Beschäftigungswachstum von 0,5 Prozent, schreibt der Ökonom, genügt das in der Verfassung vorgesehene Mehrwertsteuerprozent, um Defizite bei der AHV bis ins Jahr 2015 zu vermeiden.

Die massive Kritik aus dem Gewerkschaftsbund an Ruth Dreifuss' Amtsstelle dürfte die Bundesrätin erfreuen.

Blauäugige und Schwarzmalerei

Über die Finanzierung der AHV kommen Magistraten und Experten immer wieder zu anderen Schlüssen

Mit der AHV-Pleite-Debatte schlug Bundesrätin Ruth Dreifuss die Stunde der bürgerlichen Abrechnung. Nun droht ihr auch ein AHV-Scherbenhaufen, stimmt der Ständerat dem Frauenrentenalter 64 zu.

«Erstaunt und überrascht» zeigt sich die Innenministerin über die von FDP und SVP so schrill geforderte AHV-Sanierung. Die demographische Entwicklung sei doch seit Jahren kein Geheimnis, wundert man sich an der Departementsspitze.

Doch schon damals bekundete die Landesregierung bei der politischen Bewertung des Datenmaterials ebenso Mühe wie das Parlament. Im April 1991 verteilte der damals zuständige Flavio Cotti noch rhetorische Beruhigungspillen: «Die Berechnungen sagen aus, dass die AHV bis im Jahre 2005 finanziell abgesichert ist. Bis dann müssen wir also keine Angst haben.»

In diesem Geist forderte Ständerat Otto Schoch im Herbst 1991 erst für die 11. AHV-Revision ein einheitliches Rentenalter von 65 Jahren. Nicht zwecks Mittelbeschaffung, sondern zur Förderung der Gleichstellung. Die zusätzlichen Gelder sollten gemäss Vorstoss zur Unterstützung der Frauen in andern Bereichen eingesetzt werden. Von Katastrophenstimmung also noch keine Spur.

Dieser Zuversicht schloss sich auch Ruth Dreifuss an, als sie letzten Februar in einem Interview erklärte: «Für die nächsten 15 bis 20 Jahre bietet die AHV keine Probleme.» Aus ihrem Bundesamt für Sozialversicherung erklingen indes weit skeptischere Töne. In den nächsten vier Jahren kann der AHV-Fonds (heutiger Stand: 23,266 Milliarden Franken) dank Überschüssen weiter aufgestockt werden. Bis 2005 ergeben sich somit keine Probleme. Danach müsste jedoch auf die Reserven zurückgegriffen werden.

Laut Gesetz darf die Summe einer Jahresausgabe der AHV-Kasse (Ausgaben 1993: 23,074 Milliarden Franken) nicht unterschritten werden. Je nach Wirtschaftsentwicklung wäre der Reservefonds ohne neue Einnahmequellen gegen 2010 aufgezehrt.

Allerdings können mit der vom Volk vorgespurten Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent zugunsten der AHV jährlich zusätzliche 1, 7 Milliarden Franken erschlossen werden.

Die Finanzierbarkeit wird somit Hauptthema der 11. AHV-Revision, bei der sich eine grundsätzliche Überprüfung der Altersvorsorge aufdrängt. Der Nationalrat will aber schon jetzt eine finanzielle Teilsanierung durchziehen. Die Heraufsetzung des Frauenrentenalters brächte bis 2005 gut 2 Milliarden Franken an Einsparungen. Der Preis dafür wären nach Rechnung der SP 32'000 weitere Arbeitslose, die eine bereits heute schwer defizitäre öffentliche Kasse zusätzlich belasten würden.

Der Nationalrat greift mit seinem Frauenrentenalter-Beschluss der 11. AHV-Revision vor. Denn die Erhöhung des Rentenalters für Frauen soll 2001 von 62 auf 63 und 2005 von 63 auf 64 erfolgen, genau dann, wenn die 11. Reform greifen sollte.

Da sich bei einer repräsentativen Umfrage der Fernsehsendung «10 vor 10» 54 Prozent gegen diese Erhöhung des Frauenrentenalters ausgesprochen haben, sieht Ruth Dreifuss die 10. Revision stark gefährdet, wenn an der Heraufsetzung festgehalten wird.

In diesem Falle dürfte die nächste Revision zu einer ähnlich peinlichen Monsterveranstaltung ausarten wie die aktuelle, an der seit zehn Jahren herumgewerkelt wird und bisher nur zum kleinsten Teil verwirklicht wurde (neue Rentenformel und Besserstellung der verschiedenen Frauen).

Solche Sondervorstellungen an Ineffizienz dürften in Zukunft verheerende Folgen haben. Um die AHV-Finanzierung sicherzustellen,

braucht es laut BSV-Direktor Walter Seiler nämlich spätestens bis zum Jahr 2002 neue Beschlüsse. Allerdings wird bei dieser Berechnung von einem äusserst pessimistischen Szenario ausgegangen (siehe oben). Jedenfalls droht der Vorsteherin des Innern beim angekündigten Referendum gegen die 10. AHV-Revision ein Scherbenhaufen. Ein neues AHV-Multipaket könnte wohl kaum innert dieser Frist geschnürt werden.

Obschon die Vorsteherin «grosse Ungeduld» verspürt, sich an die 11. Revision zu machen, fühlt sich Ruth Dreifuss von der gegenwärtigen AHV-Reform blockiert. Zur Finanzierung der künftigen Altersvorsorge zieht sie grundsätzlich drei Möglichkeiten in Betracht: Erhöhung der Lohnprozente, Einführung neuer Steuern (Energie/Mehrwert) und Anpassung des Rentenalters.

Die heute verworrene Lage in der

AHV-Frage erweist sich als idealer Nährboden für die Bürgerlichen. Mit ihrer Kritik an der ehemaligen Gewerkschafterin und SP-Bundesrätin, sie habe die AHV-Zukunft nicht im Griff, ergreifen sie die süsse Gelegenheit für eine späte Abrechnung (mit der irritierenden Frauenpower). Ob sich diese Strategie bewähren wird, daran hat inzwischen aber nicht nur CVP-Präsident Anton Cottier seine Zweifel.